

An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Herrn Guido Rötzer  
Hauptstr. 32

63486 Bruchköbel

Bruchköbel, 05.03.2019

### **Antrag der FDP-Fraktion**

Sehr geehrter Herr Rötzer,

die FDP-Fraktion bittet Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung vom 19.03.19 zu nehmen.

### **Entwicklung von Richtlinien zur Vergabe von Bauplätzen**

#### **Beschluss:**

Der Magistrat wird gebeten neue Richtlinien zur Vergabe von städtischen Bauplätzen zu entwickeln und innerhalb des nächsten halben Jahres der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Insbesondere soll damit auch eine Priorisierung von Familien mit Kindern und in Bruchköbel bereits wohnhaften Bürgerinnen und Bürgern geregelt werden.

#### **Begründung:**

Die Vergabe von städtischen Bauplätzen hat in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Unstimmigkeiten und Nachfragen geführt. Die Vergabep Praxis ist weder für die Bürger noch für die Stadtverordnetenversammlung, die letztendlich über den Verkauf in treuem Glauben hinsichtlich der Vergabep Praxis abstimmen muss, nachvollziehbar.

Das immer wieder zitierte Bruchköbeler Modell wurde bisher trotz Nachfragen nicht vorgelegt und ist auch für die Bürger nicht nachvollziehbar.

Da abzusehen ist, dass Bauplätze im Rhein-Main-Gebiet eine hohe Nachfrage erfahren, muss es unser Interesse sein, hier möglich wenig Raum für Vermutungen hinsichtlich der Vergabe zu lassen. Neue Richtlinien, die eine Rangfolge für eine Zuteilung regeln, können hier für Verlässlichkeit sorgen und zudem konform der aktuellen Rechtslage gestaltet werden. Es gibt wohl immer wieder Unklarheiten wegen EU-recht, gerade deswegen sind wir hier auch gehalten, klare Regelungen zu treffen.

Wir sind der Auffassung, dass eine Berücksichtigung nur nach Eingang der Bewerbung keine wünschenswerte Vergabepaxis ist, denn unser Interesse sollte es natürlich sein Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürger in der Kommune halten zu können und natürlich auch Familien mit Kindern besonders zu fördern.

Die Verwaltung erstellt einen Vorschlag für neue Richtlinien auf Basis des bestehenden Modells mit Übergangsvorschriften für bisher nicht berücksichtigte Bewerber.

Der Vorschlag wird in die Stadtverordnetenversammlung mit einer Vorlage des Magistrates eingebracht und kann dann in den Gremien abschließend beraten werden.

**Für die FDP Fraktion**



Sylvia Braun